

# Mehr Härte gegen Zuwanderer

Experte fordert, dass Bund, Kantone und Gemeinden bei der Stellenbesetzung den Inländervorrang verschärfen.

Francesco Benini

Die Zuwanderung in die Schweiz wächst. Um rund 80 000 Personen hat die ständige Wohnbevölkerung 2022 zugenommen. Kein anderes Land in Europa zieht gemessen an der Einwohnerzahl mehr Leute an. In den grösseren Agglomerationen des Landes gibt es kaum noch freie Wohnungen.

Tobias Straumann, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Zürich, präsentiert nun einen Vorschlag, wie die Zuwanderung gesenkt werden könnte. Er setzt bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative an: Das Bundesparlament beschloss einen Inländervorrang. In Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit müssen die Unternehmen offene Stellen den regionalen Arbeitsvermittlungszentren melden.

Straumann erklärt: In Ländern wie Dänemark, Norwegen, Schweden und den Niederlanden funktionieren ein sprachlicher Inländervorrang. Zuwanderer müssen zuerst die Landessprache lernen. Deshalb hätten diese Länder eine geringere Einwanderungsrate. Die Schweiz hingegen ist umgeben von Staaten, in denen die gleichen Sprachen gesprochen werden. Das sei mit ein Grund für die hohe Zuwanderung.

## Stellenbewerber sollen das politische System kennen

«Wir könnten in der Schweiz die fehlende sprachliche Barriere dadurch etwas vermindern, indem wir zum Beispiel für staatliche Stellen in das Anforderungsprofil schreiben: Vorausgesetzt wird die Vertrautheit mit dem politischen System. Oder etwas Ähnliches, was die Inländer bevorzugt», meint Straumann. Die Bundesverwaltung sollte seiner Meinung nach entsprechende Vorschläge ausarbeiten. «Es findet leider überhaupt keine Diskussion darüber statt, inwiefern die Schweiz den Spielraum, den sie innerhalb des Regimes der Personenfreizügigkeit hat, besser nutzen könnte.»



Besorgt über die starke Bevölkerungszunahme in der Schweiz: Wirtschaftsexperte Tobias Straumann.

Bild: Valentin Hehli/MAN

Der Inländervorrang würde damit verschärft. Die Massnahme träfe den öffentlichen Sektor, wo in den vergangenen zehn Jahren besonders viele Stellen geschaffen worden sind und auch die Lohnerhöhungen überdurchschnittlich ausfielen.

Jetzt stellt sich die Frage: Wie reagiert die Politik auf den Vorschlag des Professors? Gibt es beim Inländervorrang Spielraum, den man nutzen könnte?

SVP-Nationalrat Gregor Rutz findet es positiv, dass sich endlich auch Experten Gedanken darüber machen, wie die Schweiz die Zuwanderung wieder steuern könnte. «Die Stellenmeldepflicht funktioniert ganz und gar nicht. Das ist nutzlose Bürokratie. Diese Bestimmung kann man getrost streichen.» Die Idee, bei der Verwaltung anzusetzen, findet er hingegen interessant. Der Staat wachse immer mehr. «Früher waren 80 Prozent der Stellen in der Privatwirtschaft und 20 im öffentlichen Bereich. Das Verhältnis verschiebt sich hin zu

zwei Drittel privat, einem Drittel staatlich. Diese Entwicklung muss gebremst werden; das ist langfristig nicht finanzierbar.»

## Potenzial im Inland nicht ausgeschöpft

Auch FDP-Nationalrat Kurt Fluri findet es bedenklich, dass die öffentliche Hand immer mehr Leute anstelle. Es sei aber nicht so, dass der Staat Stellenbewerber bevorzuge, die im Ausland wohnen. «Wenn man die Zuwanderung reduzieren will, muss man das Potenzial an Arbeitskräften in der Schweiz besser ausschöpfen.»

Die grünliberale Nationalrätin Tiana Angelina Moser argumentiert ähnlich wie Fluri: Sie weist darauf hin, dass trotz der hohen Zuwanderung in vielen Branchen der Arbeitsmarkt ausgetrocknet sei. Man müsse an zwei Punkten ansetzen: Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt sei zu verbessern. Hilfreich wäre hierfür ein Steuersystem, das Zweitverdiener nicht davon abhalte, das

Arbeitspensum zu erhöhen. Darum sei der Wechsel zur Individualbesteuerung sinnvoll. Eine Volksinitiative, die diese Forderung erhebt, ist im vergangenen Herbst mit 113 000 Unterschriften eingereicht worden.

Zweitens muss es nach Ansicht Mosers gelingen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Darum brauche es einen Ausbau der externen Kinderbetreuung. Und eine Flexibilisierung des Rentenalters könne dazu beitragen, dass die Menschen in der Schweiz länger arbeiteten.

## SP: Stimmungsmache gegen Zuzüger

Simon Wey, Chefökonom beim Arbeitgeberverband, stimmt Mosers Analyse zu: Ziel müsse es sein, dass die inländischen Beschäftigten grössere Pensen absolvieren. «Die Knappheit an Arbeitskräften wird in den kommenden Jahren noch zunehmen.» Dann werde man neben der Ausschöpfung des Potenzials im Inland auch auf eine Zu-

wanderung aus EU-, Efta- Drittstaaten angewiesen sein.

SP-Nationalrätin Samira Marti erachtet Straumanns Vorschlag als «unbrauchbar». Er bringe nur mehr Bürokratie in die Verwaltung und mache «Stimmung gegen Menschen ohne Schweizer Pass.» Die Schweiz sei ein Einwanderungsland. Ohne die ausländischen Arbeitskräfte müssten etliche Schulen, Spitäler und Baufirmen schliessen. Die SP sei als Gleichstellungspartei aber sehr offen für Unterstützung, um die Kosten für die familienergänzende Betreuung zu senken und damit das inländische Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen.

Professor Straumann trifft einen Nerv mit seiner Kritik am grossen Stellenwachstum im öffentlichen Sektor. Sein Vorschlag, den Inländervorrang in der Verwaltung zu verschärfen, stösst aber mehrheitlich auf zurückhaltende Reaktionen. Im Vordergrund steht das Ziel, dass Frauen mehr und ältere Personen länger arbeiten.

## Schwarzfahrer kosten Millionen

**Verkehr** Rund ein Prozent der Einnahmen gehen dem öffentlichen Verkehr jährlich wegen Schwarzfahrern verloren, Tendenz steigend. Das waren letztes Jahr etwa 60 Millionen Franken, wie Thomas Ammann von der Alliance Swispass gegenüber Radio SRF bestätigt. Als Grund nennt er die «technologische Entwicklung». Papiertickets habe man immer vor dem Einsteigen lösen müssen. (chi)

## Richtigstellung/Entschuldigung

In der Ausgabe vom 4. und 6. Februar 2023 hat CH Media unter Bezugnahme auf den deutschen «Spiegel» über Vorwürfe gegen den ehemaligen Chefredaktor des von Tamedia herausgegebenen «Magazins» berichtet, wonach dieser eine Mitarbeiterin jahrelang gemobbt, herabgesetzt und sexuell belästigt habe, und unterstellt, dass dies von Tamedia-Verleger Dr. Pietro Supino wegen «persönlicher Nähe» gedeckt worden sei. Im Nachhinein müssen wir feststellen, dass diese Unterstellung nicht gerechtfertigt ist. Wir ziehen sie deshalb zurück und entschuldigen uns bei Dr. Pietro Supino.

Die Chefredaktion

## Lotto

**Schweizer Zahlenlotto**  
7, 13, 17, 19, 20, 34 Glückszahl: 2  
Replay-Zahl: 7 Jokerzahl: 5 9 1 3 5 6  
08.02.2023

**Deutsches Zahlenlotto**  
8, 14, 17, 21, 39, 44 Super 6: 0 5 9 3 7 7  
Superzahl: 9 Spiel 77: 1 1 9 4 6 5 8  
08.02.2023

**Österreichisches Zahlenlotto**  
2, 6, 16, 21, 24, 37 Zusatzzahl: 42  
Joker: 10 19 7 2  
08.02.2023

**Euromillions**  
2, 8, 34, 44, 47 Sterne: 3, 9  
2. Chance: 10, 18, 23, 31, 43  
Super-Star: C 4 7 7 G 07.02.2023  
Alle Angaben ohne Gewähr

ANZEIGE

# JETZT AUF DEINEM TV STREAMEN

Zigtausend Stunden beste Unterhaltung

Jetzt ab

5.90

CHF/Mt\*

Mit der Sunrise Edition bereits 24h früher streamen!

oneplus stream it.

Informiere dich auf [oneplus.ch/tv](https://oneplus.ch/tv), ob auch dein TV oneplus kann. \*Preis bezieht sich auf das Abomodell «Premium».